

Pascal Arimont

Mitglied des Europäischen Parlaments

Frau Premierministerin
Sophie Wilmès
Rue de la Loi, 16
1000 Brüssel

Eupen, den 27. April 2020

Beendigung der Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen im Rahmen der belgischen Exit-Strategie

Sehr geehrte Frau Premierministerin,

zunächst möchte ich anerkennen, dass die Entscheidungen, die Sie und Ihre Kollegen in der aktuellen Lage treffen müssen, keine einfachen sind: Unser Land steht angesichts der COVID19-Pandemie vor einer großen Herausforderung, die so bislang niemand in unserer Generation meistern musste.

Es ist eindeutig, dass der Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung bei allen Überlegungen zur Festlegung der verschiedenen Maßnahmen an vorderster Stelle stehen muss. Zu jeder Frage gibt es zahlreiche Optionen und Varianten, die den einen zufriedenstellen und für den andern nur schwer zu ertragen sind.

Jedoch möchte ich im Folgenden einige Forderungen und Fragen zu den Maßnahmen formulieren, die der Nationale Sicherheitsrat am 24. April getroffen bzw. nicht getroffen hat.

Die Vertreter des Nationalen Sicherheitsrates sind am vergangenen Freitag mit keinem Wort auf die Maßnahmen an den Grenzen zu unseren europäischen Nachbarn eingegangen. Belgien ist das Land der europäischen Institutionen. Jeder dritte Belgier lebt weniger als 50 Kilometer von einer unserer Landesgrenzen entfernt. Somit ist fast jeder Belgier ein so genannter „Grenzbewohner“. Unser Land hat von dem freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr in den vergangenen Jahrzehnten enorm profitiert und sollte für die Durchsetzung dieser europäischen Errungenschaft einstehen.

An unseren Landesgrenzen werden seit nunmehr fünf Wochen strikte Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen durchgeführt. Was in den Augen der Mitgliedstaaten zu Beginn aus Gründen des Gesundheitsschutzes und der unterschiedlichen Umsetzung der Schutzmaßnahmen in den Nachbarländern als verhältnismäßig erschien, ist nach diesen Wochen nicht mehr gegeben, da alle

Nachbarstaaten ähnliche Strategien zum Gesundheitsschutz ausgearbeitet und umgesetzt haben. Zudem beginnen unsere Nachbarstaaten ebenfalls mit der Umsetzung einer Exit-Strategie.

Wie erscheint es da im europäischen Licht, wenn wir Belgier z.B. unsere Angehörigen – wie es der Nationale Sicherheitsrat nun in Aussicht gestellt hat – ab dem 18. Mai in beschränkter Zahl wiedersehen dürfen, dies jedoch nicht für Familienangehörige gelten soll, die nur einige Kilometer jenseits der Grenze leben?

Wir brauchen vonseiten der belgischen Regierung deutlich mehr Anstrengung zur grenzüberschreitenden Koordinierung. Daher bin ich sehr enttäuscht darüber, dass Sie am Freitag kein Wort über die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten verloren haben, um die Öffnung der Grenzen voranzutreiben und Exit-Strategien aufeinander abzustimmen, wie dies u.a. von der EU-Kommission in ihrem gemeinsam mit dem Rat erstellten Fahrplan zur Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 empfohlen wurde. Diesem Fahrplan entsprechend sollten die *„derzeitigen Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen [...] aufgehoben werden, sobald die epidemiologische Lage in den Grenzregionen hinlänglich vergleichbar ist und die Regeln für die soziale Distanzierung weithin verantwortungsbewusst befolgt werden“*.

Schließlich sind in Bezug auf die Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen auch wesentliche rechtliche Fragen zu beantworten: Wir haben uns in der Europäischen Union als Mitgliedstaat zu klaren Rechtsprinzipien verpflichtet, die besagen, dass die vorübergehenden Kontrollen und Einreisbeschränkungen an den Binnengrenzen begründet, angemessen und verhältnismäßig sein müssen. Darüber hinaus sollte die Dauer der Grenzkontrollen unbedingt auf das erforderliche Mindestmaß begrenzt werden. Ebenso müssen die objektiven Kriterien dargelegt werden können, wonach die Maßnahmen an den Grenzen überhaupt fortgesetzt werden dürfen. Die Legalität dieser Maßnahmen muss in jedem Fall von den Nationalstaaten belegt werden.

Eine Kopie meines heutigen Schreibens an Innenminister De Crem finden Sie beigefügt.

Die durch den Sicherheitsrat angekündigte Exit-Strategie soll den Menschen in Belgien eine Perspektive geben. Auch die vielen belgischen Grenzgänger und Einwohner der Grenzregionen brauchen eine Perspektive. Für uns Grenzbewohner ist das Überqueren einer Grenze keine Ausnahmesituation, sondern gelebter Alltag – in beruflicher, freizeitlicher, aber und vor allem in familiärer Hinsicht.

Ich fordere Sie in diesem Sinne dazu auf, diese Erwägungen und Forderungen bei der Planung der belgischen Exit-Strategie dringend aufzunehmen und insbesondere für eine schnellstmögliche Aufhebung der Maßnahmen an den europäischen Binnengrenzen einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen,



Pascal Arimont
Mitglied des Europäischen Parlaments